

Refereed article

Die Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft auf den Philippinen: Annäherung an einen *underdevelopmental state*?

Nina Rodmann

Summary

In contrast to their Northeast Asian neighbors, most Southeast Asian countries have not been able to generate sustainable and equitable economic growth to date. Instead of successfully employing industrialization policies like the governments of, for example, Japan, South Korea, and Taiwan have, countries such as Indonesia, Malaysia, the Philippines, and Thailand have rather been following entirely different — and ultimately economically less successful — development trajectories. Especially the Philippines stands out here, as it went from having brighter economic prospects than neighboring countries in the 1950s to having been left behind by the 1980s — with its industrial sector still significantly lagging behind regional standards today. In order to adequately capture the Philippines' current predicament, the concept of "underdevelopmental" states is introduced. Situated between the two ideal types of "developmental" and "predatory" states, underdevelopmental ones neither particularly promote nor entirely block development — rather they continually reproduce a certain level of underdevelopment through their institutional specificities. This is mostly due to the lack of specific development-oriented industrialization policies and to ineffective government–business relations. Delineating the concept of underdevelopmental states and introducing the Philippines as an illustrative case study adds, then, to our understanding of the political economy of development in that country, while also providing insights on the prospects for as well as limits of industrial policy in the wider Southeast Asian context.

Keywords: government–business relations, Philippines, economic development, industrial policy, developmental states, predatory states, Southeast Asia

Nina Rodmann ist Diplom-Volkswirtin, Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Einleitung

Seit den 1960er Jahren konnten Japan und die „Drachenstaaten“ – Südkorea, Taiwan und Singapur – signifikantes nachhaltiges Wirtschaftswachstum realisieren und durch Strukturwandel und die herausragende Rolle von Exporten innerhalb kurzer Zeit einen drastischen Rückgang von Ungleichheit und Armut herbeiführen (World Bank 1993: 1, 27f.). Dieses „asiatische Wirtschaftswunder“ (World Bank 1993: 1) wurde vielfach auf die maßgebliche Rolle der jeweiligen Regierung bezüglich des erfolgreichen Einsatzes von Industriepolitik durch effektive Beziehungen zur Privatwirtschaft zurückgeführt und brachte das Konzept des *developmental state* hervor. Während diese Länder Ostasiens¹ sich gegenwärtig an der Schwelle zu wissensbasierten Ökonomien befinden, konnten andere Länder in der Region bislang kein substanzielles wirtschaftliches Wachstum verzeichnen – oder zumindest nicht im gleichen Maße (Ebner 2014: 141f.; Jomo 2001: 465). Diese Gruppe umfasst u. a. die südostasiatischen Länder Indonesien, Malaysia, die Philippinen und Thailand. In der Konsequenz bewegen sich diese Länder derzeit auch nicht in Richtung wissensbasierte Ökonomien (Wade 2012: 232). Vielmehr zeichnen sich die Länder Südasiens durch Entwicklungspfade aus, die genuin verschieden von denen ihrer ostasiatischen Nachbarländer sind. Zum einen implementierten die Regierungen in Südostasien weitaus weniger industriepolitische Maßnahmen als ihre ostasiatischen Nachbarländer und zum anderen wurden sie dabei vorrangig von politischen, militärischen und ethnischen Gesichtspunkten beeinflusst oder bedienten lediglich Partikularinteressen (Hayashi 2010: 53; Jomo 2001: 473). So sind die Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft in Südostasien im Hinblick auf ihre die Wirtschaftsentwicklung betreffende Wirkung grundsätzlich problematischer als in Ostasien (Kasahara 2013: 7).

Im Hinblick auf unterdurchschnittliche (Wirtschafts-)Entwicklung im Vergleich mit den Ländern Ostasiens sind besonders die Philippinen hervorzuheben, die sich u. a. durch einen schwachen produzierenden Sektor und ein hohes Maß an sozioökonomischer Ungleichheit auszeichnen (Intal et al. 2008: 16ff.; ADB 2009: 1f.). Die Gründe für diese (Fehl-)Entwicklungen sind vielfältig und schließen einen Mangel an kohärenter Industriepolitik und kollusive Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft ein. Damit können die Philippinen nicht als *developmental state* bezeichnet werden, gleichwohl aber auch nicht als *predatory state*, da sie trotz allem eine gewisse Entwicklungsorientierung aufzeigen (Hayashi 2010: 56). Um die Situation der Philippinen adäquat erfassen zu können, wird in diesem Beitrag das Konzept des *underdevelopmental state* hergeleitet. Angesiedelt zwischen den beiden Idealtypen – *developmental* und *predatory state* –, zeichnet sich der *underdevelopmental state* dadurch aus, dass er Wirtschaftsentwicklung weder explizit fördert

¹ Obwohl geografisch nicht in Ostasien gelegen, schließt die Bezeichnung „Ostasien“ in diesem Beitrag aus Praktikabilitätsgründen Singapur mit ein. Die Bezeichnung „Südostasien“ bezieht sich damit auf die in Südostasien gelegenen Länder ohne Singapur.

noch gänzlich unmöglich macht, sondern durch seine institutionellen Spezifitäten vielmehr fortwährend ein gewisses Niveau von Unterentwicklung reproduziert. *Underdevelopmental states* sind gekennzeichnet durch einen Mangel an auf wirtschaftliche Entwicklung abzielender Industriepolitik und ineffektive Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft. Die theoretische Herleitung des Konzepts des *underdevelopmental state* und die Darstellung der philippinischen Entwicklungsproblematik als illustrativer Fallstudie tragen dann zur Analyse der politischen Ökonomie wirtschaftlicher Entwicklung auf den Philippinen bei und geben Einblick in die Möglichkeiten und Grenzen wirtschaftspolitischer Steuerung im südostasiatischen Kontext.

Der Beitrag ist wie folgt gegliedert: Zunächst werden die Konzepte *developmental* und *predatory state* rekapituliert, bevor der darauffolgende Abschnitt das Konzept des *underdevelopmental state* skizziert. Dies wird gefolgt von der Illustration des Konzepts am Fallbeispiel Philippinen. Der letzte Abschnitt resümiert und liefert einen Ausblick.

Developmental und predatory states

Wie bereits erwähnt ist das Konzept des *developmental state* bezüglich der Erklärung wirtschaftlichen Wachstums in Ostasien hochrelevant. Das Konzept entstand in Japan, wo der Staat zusätzlich zu seinen regulatorischen auch explizit entwicklungsfördernde Aufgaben wahrnahm, die vor allem in der Implementierung von internationaler Wettbewerbsfähigkeit sicherstellender Industriepolitik Ausdruck fanden (Johnson 1982: 19). „Industriepolitik“ meint in diesem Kontext wirtschaftspolitische Steuerungsmaßnahmen, die auf die Förderung bestimmter wirtschaftlicher Aktivitäten abzielen und damit strukturellen Wandel fördern sollen (Rodrik 2007: 3). Um den Erfolg von Industriepolitik sicherzustellen, bedarf es eines gut ausgebildeten und von Interessengruppen größtenteils unabhängigen Staatsapparats (Johnson 1982: 315f.). Ein hoher Bildungsgrad der Staatsbediensteten wurde dabei in Ostasien primär durch meritokratische Einstellungsverfahren in Verbindung mit kompetitiven Gehältern bzw. Bedingungen sichergestellt (Evans 1998: 71f.). Mögliche Probleme des Einsatzes von Industriepolitik können allerdings auch im Auftreten von Staatsversagen bezüglich der Bestimmung der „richtigen“ zu fördernden strategischen Industrien oder Machtmissbrauch liegen; Japan, Südkorea und Taiwan konnten diese potenziellen Risikofaktoren jedoch durch die Beachtung von Technologietrends und die bereits gegebene gesellschaftliche Grundlage für eine unabhängige Bürokratie ausgleichen (Wade 1990: 333ff.). Die Kooperation zwischen Staat und Privatwirtschaft fand dabei vielfach in sogenannten „councils“ statt, in denen Behördenvertreter mit Vertretern der Privatwirtschaft zusammenkamen, um Durchführbarkeit und Effekte industriepolitischer Maßnahmen gemeinsam zu erörtern (Evans 1998: 76f.). *Developmental states* hängen somit auch von spezifisch ausgestalteten Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft ab. Dementsprechend ist

nicht nur, die Art der betriebenen Industriepolitik von Bedeutung, sondern vor allem auch die Fähigkeit der jeweiligen Regierung, sie erfolgreich zu implementieren (Haggard 2004: 70). *Developmental states* erreichen dies durch ebenjene Kombination aus Autonomie von Partikularinteressen bei gleichzeitiger Einbettung in die die Entwicklung begünstigenden gesellschaftlichen Beziehungen – dies bezeichnet Evans (1995: 12) als „embedded autonomy“. Das jeweilige institutionelle Rahmenwerk ist damit ausschlaggebend für den wirtschaftlichen Erfolg bzw. Misserfolg einzelner Staaten (vgl. auch North 1990).

Die aktuelle Debatte bezüglich *developmental states* betrifft die Frage der Anwendbarkeit des Konzepts im 21. Jahrhundert. Den Kritikern zum Trotz hält Rodrik (2004: 38) daran fest, dass auch das heutige internationale Wirtschaftssystem durchaus noch Spielraum für staatliche Industriepolitik biete, und Weiss (2003a: 267) schreibt bei fortschreitender Globalisierung den Staaten sogar eine immer wichtigere Rolle hinsichtlich industriepolitischer Steuerung zu. Da Länder wie Südkorea und Taiwan sich allerdings mehr und mehr der technologischen Grenze nähern, d.h. die Möglichkeiten zur Übernahme und Verbesserung bereits bestehender Technologien annähernd erschöpft sind, verändert sich die Natur dieser *developmental states* weg von der reinen Absorption technologischen Fortschritts in Richtung der aktiven Schaffung technologischer Innovationen (Ebner 2013: 8f.). Ebner (2009) bezeichnet diese Staaten in der Konsequenz als *entrepreneurial states*. Diese Schwerpunktverlagerung wird auch dadurch ersichtlich, dass firmen- oder sektorspezifische Industriepolitik, wie sie ursprünglich von *developmental states* eingesetzt wurde, zunehmend von Clusterpolitik abgelöst wird (Ebner 2013: 15f.). Auch der erfolgreiche Einsatz von Clusterpolitik setzt jedoch einen funktionierenden Staatsapparat und effektive Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft voraus (Evans 2008: 18). So bleibt die Debatte um den *developmental state* insbesondere für diejenigen Länder relevant, die sich nach wie vor in der Phase der Industrialisierung befinden. In diesem Zusammenhang weist Usui (2011: 21) darauf hin, dass die Phase der Industrialisierung nicht zugunsten des Dienstleistungssektors übersprungen werden sollte, sondern wirtschaftliche Entwicklung vielmehr sowohl auf Industrialisierung als auch auf einem wachsenden Dienstleistungssektor basieren sollte. Dabei ist jedoch besonders der Anteil der im industriellen Sektor Beschäftigten von Bedeutung für wirtschaftliche Entwicklung (Felipe et al. 2015: 11). So haben Industrialisierung und Industriepolitik nichts an Aktualität eingebüßt.

Im Gegensatz zu *developmental states* entziehen *predatory states* dem Staat auf Kosten der Gesellschaft Ressourcen und unterminieren so wirtschaftliches Wachstum (Evans 1995: 12). *Predatory states* profitieren damit nicht von einer Autonomie von Partikularinteressen, sondern nutzen vielmehr ihre Autonomie von gesellschaftlichen Interessen für extraktive Zwecke aus (Evans 1989: 571). So sprechen Acemoglu und Robinson (2013: 73ff.) von extraktiven im Gegensatz zu inklusiven ökonomischen und politischen Institutionen, wobei inklusive Institutionen ökonomische und politische Partizipation erlauben und entsprechende Anreize schaffen,

während extraktive Institutionen der Bevölkerung ebendiese Partizipation versagen. So stellen *predatory states* tendenziell nur wenige öffentliche Güter zur Verfügung oder zumindest nicht die Art von öffentlichen Gütern, die die (wirtschaftliche) Situation der Bevölkerung potenziell verbessern (Evans 1989:562; Moselle und Polak 2001:23). Stattdessen wird die Bevölkerung regelrecht vernachlässigt (Chindo et al. 2014:81). In diesem Sinne fehlen dem *predatory state* die Kapazitäten zur Setzung und Verfolgung von Entwicklungszielen (Evans 1989: e dueftlicr(e)-3()-5(52Tc 0.38.65w -11.301 -1.3

Das Konzept des *underdevelopmental state*

Angesiedelt zwischen den beiden Idealtypen *developmental* und *predatory state*, zeichnet sich der *underdevelopmental state* dadurch aus, dass er Wirtschaftsentwicklung weder explizit fördert noch gänzlich unmöglich macht, sondern durch seine institutionellen Spezifitäten vielmehr fortwährend ein gewisses Niveau von Unterentwicklung reproduziert. Die Ursachen für den Mangel an Entwicklung im *underdevelopmental state* sind damit nicht exogen wie im Fall von Franks (1969) „Development of Underdevelopment“, sondern vielmehr endogen, wobei durch exogene Einflüsse hervorgerufene historische Ereignisse durch Pfadabhängigkeiten, d.h. durch die Beibehaltung eines einmal eingeschlagenen Entwicklungspfades aufgrund sich selbst verstärkender Feedback-Effekte, durchaus auch eine Rolle spielen können. Die Begrifflichkeit „underdevelopmental“ will so nicht auf Franks Ansatz verweisen, sondern in Anlehnung an die Bezeichnung *developmental state* deutlich machen, dass – im Gegensatz zu einem möglichen *undevelopmental state* – durchaus Entwicklung erfolgt, diese aber seitens des Staates teilweise blockiert wird und es stattdessen zur Reproduktion von Unterentwicklung kommt.

Wie bereits erwähnt spielt der Staat bei der Generierung inklusiven wirtschaftlichen Wachstums insofern eine Rolle, als er – im Idealfall – einen regulativen Rahmen bereitstellt und zielführende industriepolitische Maßnahmen implementiert, wobei er ein explizites Wachstumsziel verfolgt. Während dies in *developmental states* in der Tat der Fall ist, lassen *underdevelopmental states* eine solche Wachstumsorientierung und die entsprechende institutionelle Ausgestaltung vermissen. Vielmehr zeichnen sie sich durch einen Mangel an meritokratischen Einstellungsverfahren im öffentlichen Sektor und einen insgesamt fragmentierten Bürokratieapparat aus, der damit nicht autonom von Partikularinteressen ist und die nötige Staatskapazität zur erfolgreichen Implementierung industriepolitischer Maßnahmen vermissen lässt (Evans 1989: 576ff.). Statt von „embedded autonomy“ und institutionalisierter Kooperation zwischen Staat und Privatwirtschaft sind *underdevelopmental states* dann von systemischer Korruption geprägt. Unter „Korruption“ wird gemeinhin der Missbrauch eines öffentlichen Amtes zur Erlangung eines privaten Vorteils verstanden (Bardhan 1997: 1321). Dabei ist zwischen alltäglicher und politischer Korruption zu unterscheiden – erstere bezieht sich auf niedrigere und letztere auf höhere bürokratische Ebenen –, wobei beide Ausprägungen in der Regel gleichzeitig auftreten und sich so gegenseitig noch verstärken (von Soest 2013: 63). Dabei werden nicht nur wirtschaftliche Aspekte wie Effizienz, Investitionen und Wachstum zumeist negativ beeinflusst, sondern auch Demokratie, (Chancen-)gleichheit und Stabilität ganzer Gesellschaften gefährdet (Bardhan 1997: 1327; Muno 2013: 34). Ist Korruption – wie im *underdevelopmental state* – systemisch, wird auch von „cronyism“,² Patronagesystemen, (Neo-)Patrimonialismus oder Klientelismus gesprochen

2 Deutsch etwa „Vetternwirtschaft“.

(Muno 2013:37f.). In von „cronyism“ geprägten Systemen kommt es zum reziproken Austausch von Gefälligkeiten, bei dem ein Akteur einem anderen aufgrund gemeinsamer Zugehörigkeit zu einem bestimmten sozialen Netzwerk einen Gefallen tut, der zu Lasten eines dritten Akteurs geht, der den gleichen oder sogar einen höheren Anspruch auf die betreffende Ressource gehabt hätte (Khatri et al. 2006:62). Die Vergabe von z.B. Ein- und Ausfuhrlicenzen und Steuererleichterungen geschieht demnach auf der Basis von persönlichen Beziehungen anstelle von Effizienzgesichtspunkten. So kommt der Elite wie im *predatory state* auch im *underdevelopmental state* eine herausragende Rolle zu, da sie dem Staat durch *rent-seeking* potenziell wertvolle Ressourcen entzieht. Eine klare Trennung zwischen politischer und wirtschaftlicher Elite ist dabei kaum möglich, da Akteure der politischen und ökonomischen Sphäre häufig derselben Familie oder demselben Beziehungsnetzwerk angehören bzw. politische Akteure selbst als Geschäftsleute auftreten (della Porta und Vannucci 1999:69ff.). Die zur Implementierung industriepolitischer Steuerungsmaßnahmen benötigte Autonomie der Bürokratie von Partikularinteressen ist damit nicht gegeben. Im Gegensatz zur Elite im *predatory state* ist die Elite im *underdevelopmental state* jedoch nicht gänzlich von den jeweiligen gesellschaftlichen Interessen autonom. Vielmehr besteht eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen der jeweiligen Elite und dem Rest der Bevölkerung, die allerdings durch eine asymmetrische Machtverteilung gekennzeichnet ist (Muno 2013:37ff.; Kalebe-Nyamongo 2012). Das hierarchische Verhältnis zwischen „Patron“ und „Klient“ brachte die Bezeichnung solcher Systeme von Interdependenz als (neo-)patrimonial oder klientelistisch hervor und impliziert die Abhängigkeit des letzteren vom ersteren (Kitschelt und Wilkinson 2007a: 7ff.; Muno 2013:37ff.). Diese institutionellen Strukturen haben sich häufig über Jahrhunderte herausgebildet und sind damit stark pfadabhängig und beständig (Acemoglu und Robinson 2013:44; Robinson 2012:37ff.). Da die machthabende Elite in der Regel vom Status quo profitiert und damit auch keine Reformen z.B. industriepolitischer Natur voranbringt, die inklusive Entwicklung ermöglichen würden, lässt sich in der Konsequenz dann nur ein geringes, ungleich verteiltes und zudem nicht nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum verzeichnen (Acemoglu und Robinson 2013:86). Vielmehr tragen die problematischen Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft im *underdevelopmental state* zur Reproduktion dauerhafter Unterentwicklung bei. Allerdings wird hier die Bevölkerung nicht zur reinen „Beute“ wie im *predatory state*, da trotz allem gewisse Entwicklungsimpulse gegeben sind, die jedoch in der Regel nicht – wie im *developmental state* – von Dauer sind (Evans 1989:581). Außerdem kann der *underdevelopmental state* durchaus Wirtschaftswachstum verzeichnen (Evans 1995:60). Dies steht in scharfem Kontrast zu *predatory states*, in denen das Wachstum häufig sogar rückläufig ist und sich das zugrunde liegende durchschnittliche Einkommen zudem auf einem deutlich niedrigeren Niveau bewegt (Evans 1995:60). Der nächste Abschnitt illustriert das Konzept des *underdevelopmental state* nun am Beispiel der Philippinen.

Die Philippinen: Annäherung an einen *underdevelopmental state*?

Wie bereits erwähnt, sind hinsichtlich des unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums im Vergleich mit den Ländern Ostasiens besonders die Philippinen hervorzuheben, da sie noch in den 1950er Jahren bessere Voraussetzungen für die Generierung ökonomischen Wachstums als selbst Südkorea und Taiwan hatten, in den nächsten Jahrzehnten aber nicht nur von diesen Ländern, sondern auch von Malaysia, Thailand und Indonesien überflügelt wurden (Hutchcroft 1994: 218). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf nach Kaufkraftparität belief sich 2013 auf lediglich 6.600 internationale Dollar zu aktuellen Preisen – im Vergleich zu 23.118 in Malaysia, 15.519 in Thailand und 9.599 in Indonesien –, wobei selbst das ein über fünfprozentiger Anstieg gegenüber dem Vorjahr war (ADB 2014b: 172, 180). Auch im Hinblick auf sozioökonomische Indikatoren schneiden die Philippinen in der Regel schlechter ab als ihre Nachbarländer. Dabei bestehen große Ungleichheiten sowohl zwischen den einzelnen Regionen als auch zwischen verschiedenen Bevölkerungsschichten (Bird und Hill 2009: 281f.; UNDP 2014: 169). So war das dem reichsten Fünftel der philippinischen Bevölkerung zur Verfügung stehende Einkommen von 2003 bis 2012 8,3-mal so hoch wie das des ärmsten Bevölkerungsfünftels (UNDP 2014: 169). Im gleichen Zeitraum war die Ungleichheit in Indonesien und Thailand niedriger und in Malaysia höher – wobei hier besonders im Falle Malaysias auf das sehr viel höhere BIP zu verweisen ist (UNDP 2014: 169f.). Dies spiegelt sich dann im Anteil der Bevölkerung wider, der über weniger als 1,51 US-Dollar pro Tag verfügt und sich somit unter der absoluten Armutsgrenze für Asien bewegt. Lag dieser Anteil 2010 auf den Philippinen bei 26,9 und in Indonesien bei 28 Prozent, war er sowohl in Malaysia als auch in Thailand signifikant niedriger und lag lediglich bei 0,4 bzw. 1,1 Prozent (ADB 2014b: 11). Insgesamt hat sich die Situation bezüglich der Ungleichheit und Armut auf den Philippinen in den letzten drei Dekaden nur langsam verbessert und zeitweise sogar wieder verschlechtert (ADB 2009: 1f., 13ff.). Um der Armut entgegenzuwirken, implementiert der philippinische Staat verschiedene Umverteilungsmaßnahmen wie z.B. das *Conditional Cash Transfer*-Programm (ADB 2009: 108ff.). Dabei sind Reichweite und Wirkungen dieser Maßnahmen allerdings umstritten (Bird und Hill 2009: 283; Ramesh 2014: 50f.). Der Grund für die sich nur langsam verbessernde sozioökonomische Lage auf den Philippinen liegt vorrangig im Mangel an Bildung und sicheren Arbeitsplätzen für ärmere Bevölkerungsschichten (Bayudan-Dacuycuy und Lim 2014: 409ff.).

So hat vor allem der produzierende Sektor auf den Philippinen bislang weder signifikant zur Wirtschaftsleistung noch zur Beschäftigung beigetragen und konnte damit auch keine stimulierende Wirkung auf die übrigen Wirtschaftssektoren ausüben – dies steht in scharfem Kontrast zu den Entwicklungspfaden der Länder Ostasiens (Intal et al. 2008: 16ff.). Auch der Exportsektor der Philippinen ist im regionalen

Vergleich relativ schwach (ADB 2014b: 177). Dies ist besonders im Hinblick darauf relevant, dass der Exportsektor maßgeblich für die Entwicklung von z.B. Südkorea und Taiwan war (World Bank 1993:22f.). Generell ging die allgemeine Stagnation des philippinischen Wirtschaftswachstums zusätzlich mit einem gewissen Grad an Deindustrialisierung einher (King 2007:295). 11,2 Prozent des philippinischen BIP wurden 2013 im Agrarsektor erwirtschaftet, während Industrie- und Dienstleistungssektor jeweils 31,1 bzw. 57,7 Prozent beitrugen (ADB 2014b: 174). Dabei waren von rund 41 Millionen Erwerbstätigen 31 Prozent im Agrarsektor beschäftigt, 8,9 Prozent im industriellen Sektor und 60 Prozent im Dienstleistungssektor (ADB 2014c: 1; ADB 2014b: 152). Die Diskrepanz zwischen den im Agrarsektor Beschäftigten – 31 Prozent der Beschäftigten insgesamt – und dem Anteil des Agrarsektors am BIP – 11,2 Prozent – deutet dabei auf einen hohen Anteil unproduktiver Beschäftigung im Agrarsektor hin. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahr 2013 7,1 Prozent (ADB 2014b: 150f.). Allerdings lag die Unterbeschäftigungsrate 2013 bei 19,5 Prozent und 40 Prozent der Beschäftigten wurden als unsicher beschäftigt eingestuft (ADB 2014a: 219). Zwar kann, wie oben bereits erwähnt, ein stetiger Anstieg des BIP verzeichnet werden, allerdings handelt es sich dabei zum einen um Wirtschaftswachstum ohne gleichzeitigen Rückgang der Arbeitslosigkeit – „jobless growth“ – und zum anderen zeichnet sich der sogenannte *Business Process Outsourcing* (BPO)-Sektor, der einen großen Anteil an diesem Wachstum hat, nach wie vor durch die Dominanz weitgehend von der lokalen Wirtschaft losgelöster multinationaler Unternehmen und größtenteils „low value added“-Tätigkeiten aus (World Bank 2013:49f.; Raquiza 2016:46f.). Die schwierigen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt bedingen dann den „Export“ von Arbeitskräften, der vom Staat sogar noch aktiv gefördert wird (Kondo 2014:179f.). So belief sich die Anzahl der im Ausland lebenden philippinischen StaatsbürgerInnen 2011 auf rund 10,5 Millionen (ca. zehn Prozent der Gesamtbevölkerung), von denen annähernd 1,7 Millionen als „Overseas Filipino Workers“ (OFWs) registriert waren (IOM 2013:53, 55, 59). Insgesamt werden die Philippinen so regelmäßig als „kranker Mann Asiens“ bezeichnet (vgl. z.B. Kind 2000 oder Noland 2000:401).

Zur Erklärung der schwachen Wirtschaftsleistung der Philippinen werden in der Literatur verschiedene Ansätze diskutiert. Dabei wird z.B. auf exogene Faktoren wie die spanische und amerikanische Kolonialisierung abgestellt oder auf geringe Produktivität aufgrund fehlender technologischer und innovativer Kompetenzen oder auch, allgemeiner gesprochen, mangelnde Industrialisierung verwiesen (Nelson 2007:3; King 2007:303; Usui 2011:20). Eine andere Sichtweise wiederum betont die Problematik der Importsubstitutionsstrategie, wenn sie – wie auf den Philippinen – über einen langen Zeitraum verfolgt wird (vgl. z.B. Kind 2000:6 oder Bautista und Tecson 2003:157). Dabei lassen die Ansätze größtenteils politökonomische Aspekte außen vor. Dass das Einbeziehen gerade dieser Aspekte jedoch von herausragender Bedeutung ist, darauf weisen z.B. Bello et al. (2004) hin, indem sie in Bezug auf die Philippinen von einem „Anti-Entwicklungsstaat“ sprechen und so auf

den Kontrast zu den *developmental states* Ostasiens anspielen. In der Tat lassen sich die Philippinen nicht als *developmental state* klassifizieren, der erfolgreich Industriepolitik implementiert. Dies liegt – abgesehen vom reinen Mangel an industriepolitischen Maßnahmen – vorrangig in den problematischen Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft und damit in politökonomischen Aspekten begründet, da es letzten Endes die institutionellen Strukturen sind, die über den Erfolg oder Misserfolg politischer Maßnahmen entscheiden.

Allgemein zeichnen sich die Philippinen durch einen Mangel an kohärenter Wirtschaftspolitik aus (Yap 2009:23f.). Dies war gerade auch während der für die Entwicklung anderer asiatischer Länder so maßgeblichen 1970er und 1980er Jahre der Fall. So folgte zwar auf die – vergleichsweise lange und wenig erfolgreiche – Phase der importsubstituierenden Industrialisierungsstrategie der 1950er und 1960er ab den 1970er Jahren die Förderung von Exporten (Bautista und Tecson 2003: 166; Vos und Yap 1996: 150). Allerdings wurde gleichzeitig die Protektion einzelner Wirtschaftsbranchen beibehalten, sodass sich mit der Zeit Quasimonopole und eine entsprechende kleine wirtschaftlichen Elite etablieren konnten (Bautista und Tecson 2003: 138f.; Vos und Yap 1996: 152). Auch die Tatsache, dass das vorhandene Wachstum größtenteils durch ausländische Kredite finanziert wurde, führte nicht zu mehr Effizienz und internationaler Wettbewerbsfähigkeit (Vos und Yap 1996: 164). Bezüglich der aktuellen industriepolitischen Strategien auf den Philippinen merkt Aldaba (2013) an, dass eine Umorientierung in Richtung inklusives und nachhaltiges Wachstum durch die Schaffung von Arbeitsplätzen im produzierenden Sektor notwendig sei. So wird deutlich, dass dies immer noch aussteht. Allgemein hält Budd (2005: 39, 50) fest, dass es dem philippinischen Staat grundsätzlich an einer „Vision“ hinsichtlich wirtschaftlicher Entwicklung mangle und so keine die Entwicklung begünstigenden Rahmenbedingungen geschaffen werden konnten. Angesichts dessen verspricht auch eine Cluster- statt sektorspezifische Industriepolitik, die mittlerweile als Teil des „Philippine Development Plan 2011–2016“ (NEDA 2011: 83, 97f.) fester Bestandteil der Entwicklungsagenda ist, kaum Linderung.

Zusätzlich zum an sich schon problematischen Mangel an entwicklungsfördernder Industriepolitik ist Korruption auf den Philippinen weitverbreitet (Brillantes und Fernandez 2010: 87ff.). Im Gegensatz zu der sich verbessernden Situation in anderen asiatischen Ländern verschlechterte sich die Lage hinsichtlich Korruption auf den Philippinen von 1997 bis 2010 stetig, wodurch regelmäßig mehrere Prozentpunkte an Wirtschaftswachstum verloren gingen (ebd.; Batalla 2000: 7f.). In den letzten Jahren haben sich die Philippinen jedoch kontinuierlich verbessert, wobei sie auch 2014 auf einer Skala von 0 (hohes Maß an wahrgenommener Korruption) bis 100 (keine wahrgenommene Korruption) nur 38 Punkte erreichten (TI 2014: 4). Gründe für die hohe Korruptionsprävalenz auf den Philippinen sind niedrige Gehälter von Staatsbediensteten, administrative Hürden in der Bürokratie, geringe Wahrscheinlichkeit der Aufdeckung und Bestrafung, Wichtigkeit von Familie und Kultur und vor allem mangelnder politischer Wille zur konsequenten Korruptionsbekämpfung.

(Quah 2010:9ff.). Letzterer ist hauptverantwortlich für das Scheitern zahlreicher Anti-Korruptionsmaßnahmen, die teils bereits seit den 1930er Jahren in Kraft sind, und verweist auf die Schlüsselrolle der philippinischen Elite bezüglich des Voranbringens von Reformen, die weiter unten im Zusammenhang mit fehlenden Agrarreformen noch deutlicher werden wird (ebd.: 26; Brillantes und Fernandez 2010:91).

Diesem Staat steht ein Privatsektor gegenüber, der maßgeblich von in Familienbesitz befindlichen Konglomeraten beherrscht wird, die bereits seit Generationen Bestand haben und häufig auch Banken mit einschließen (Kang 2003:449; Kondo 2014:174). So ist der Privatsektor auch nicht wie in anderen Ländern in Industrie- und Handelskammern oder anderen Zusammenschlüssen organisiert, sondern besteht aus den konkurrierenden Interessen dieser Großunternehmen (Kang 2003:449ff.). Insgesamt besitzt der philippinische Staatsapparat dann nicht die Kapazität, industriepolitische Steuerungsmaßnahmen effektiv zu implementieren, da er von eben diesen Partikularinteressen durchsetzt bzw. mit ihnen kongruent ist und somit nicht autonom handeln kann (vgl. auch Bello et al. 2004:24). Dies verweist auf die herausragende Bedeutung der Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes.

Ein weiterer maßgeblich die Entwicklung der Philippinen hemmender Faktor, der damit in engem Zusammenhang steht, ist *rent-seeking*. *Rent-seeking* wird von der philippinischen Elite extensiv praktiziert und erstreckt sich u.a. auf die Bereiche Landwirtschaft, Transport und Bergbau (McCoy 2009a: 10f.; Magnoli Bocchi 2008:14). Staatliche Institutionen können dadurch zu reinen Bereicherungsvehikeln umfunktioniert werden (de Dios 2008:27). Cruz (2014:80) hält in diesem Zusammenhang fest, dass die Elite praktisch Handlungsautonomie besitzt. Die philippinische Elite besteht dabei aus weitreichenden Beziehungsnetzwerken zwischen etwa 80 Familien, die durch Blutsverwandtschaft, Heirat und Rituale zusammengehalten werden (McCoy 2009a: 10; Johnston 2008:214). Der Familie als sozialer Einheit kommt auf den Philippinen grundsätzlich außerordentliche Bedeutung zu, da der Staat oftmals nicht in der Lage ist, seinen sozialen Fürsorgeaufgaben nachzukommen (McCoy 2009a: 7). Die Loyalität innerhalb der Familie ist dabei sehr groß und wird von den Lehren des Katholizismus, dem sich über 80 Prozent der Bevölkerung zugehörig fühlen, noch verstärkt (McCoy 2009a: 7f.; Kondo 2014:183). Da sich diese Loyalität auch auf die extensiveren Beziehungsnetzwerke erstreckt, haben kulturelle Normen wie das Prinzip der „Dankesschuld“³ weitreichende Konsequenzen, die nicht selten auch höchste Ämter mit einschließen (Quah 2010:14f.).

Die philippinische Elite ist vor allem deshalb so einflussreich, weil sie über Grundbesitz verfügt – wodurch sie sich von den Eliten anderer asiatischer Länder

3 „Utang na loob“.

unterscheidet (de Dios und Hutchcroft 2003:46ff.). In diesem Zusammenhang betonen einige AutorInnen die Gemeinsamkeiten der Philippinen mit lateinamerikanischen Ländern aufgrund der ähnlichen kolonialen Vergangenheit und den daraus resultierenden vergleichbaren Strukturen wie z.B. Großgrundbesitz (vgl. u.a. Nelson 2007). Die bislang letzte Agrarreform (1988–2014), das „Comprehensive Agrarian Reform Program“ (CARP), ist größtenteils erfolglos geblieben und konnte die prekäre (wirtschaftliche) Situation der ursprünglichen Zielgruppe nicht verbessern (Fabella 2014: 1ff.). Bello et al. (2004: 37ff.) sprechen in diesem Zusammenhang auch vom „Compromised Agrarian Reform Program“,⁴ da es als Kompromisslösung aus Verhandlungen zwischen Repräsentantenhaus und Senat hervorging, wobei letzterer von Grundeigentümern dominiert wird, deren Interessen im Zuge des Programms letztendlich sogar noch geschützt wurden – das eigentliche Ziel der Armutsbekämpfung wurde somit maßgeblich beeinträchtigt. Im Gegensatz dazu haben erfolgreiche Agrarreformen in Südkorea und Taiwan zu erhöhter landwirtschaftlicher Effizienz und damit nicht zuletzt auch zur Industrialisierung beigetragen (Kay 2002: 1079ff.). Während der Zugang zu Land als essenziell für Entwicklung angesehen wird, setzen Agrarreformen jedoch strukturelle und institutionelle Veränderungen voraus, die erst durch die Reformen selbst eingeleitet werden können (Deininger 2003: 1ff.; Borras 2001: 531). Außerdem sind institutionelle Reformen häufig nicht im Interesse der regierenden Elite, da diese häufig vom Status quo profitiert (Robinson 2012: 47). Dies wiederum erklärt dann auch den Mangel an entwicklungsfördernder inklusiver Industriepolitik (vgl. auch Acemoglu und Robinson 2013: 107 und Robinson 1999).

So lässt sich zusammenfassend festhalten, dass die Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft auf den Philippinen in der Tat die wirtschaftliche Entwicklung des Landes blockieren, da sie hochgradig kollusiv und damit größtenteils lediglich für eine kleine Elite von Nutzen sind. Da dieser Elite der Status quo zugute kommt, sind die inklusive Entwicklung fördernde industriepolitische Steuerungsmaßnahmen rar. Im Gegensatz zur Elite im *predatory state* ist die philippinische Elite jedoch nicht gänzlich von gesellschaftlichen Interessen unabhängig, da sie auf Wählerstimmen angewiesen ist und auch abgesehen davon Verpflichtungen gegenüber der übrigen Bevölkerung zu erfüllen hat, die sich aus den herrschenden Patron-Klient Beziehungen ergeben, die dann wiederum die Autorität der Elite sichern und ihr Zugriff auf den Staatsapparat verschaffen (McCoy 2009a: 12; Clarke und Sison 2005: 74f.). Abgesehen davon bewegen sich Länder wie die DR Kongo oder Nigeria auf gänzlich anderen Einkommens-, Ungleichheits- und Armutsniveaus. So kann dann bei den Philippinen nicht von einem *predatory*, sondern „lediglich“ von einem *underdevelopmental state* gesprochen werden, in dem wirtschaftliche Entwicklung vom Staat blockiert, aber nicht gänzlich unmöglich gemacht wird, sondern sich der Status

4 Unterstreichung durch die Verfasserin.

quo stetig durch sich im Zeitablauf kaum verändernde spezifische institutionelle Strukturen reproduziert.

Fazit

Während die Länder Ostasiens durch die Implementierung industriepolitischer Steuerungsmaßnahmen inklusive nachhaltige Wirtschaftsentwicklung realisieren konnten, ist dies den Ländern Südasiens weitestgehend nicht gelungen. Insbesondere die Philippinen zeichnen sich durch einen schwachen produzierenden Sektor und große sozioökonomische Ungleichheit aus. Dies liegt zum einen am reinen Mangel an industriepolitischen Maßnahmen, der sich aus dem fehlenden politischen Willen der dominierenden Elite zur Durchführung von Reformen ergibt, und zum anderen an den kollusiven und damit ineffektiven Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft. Das Konzept des *underdevelopmental state* ermöglicht es nun, diese Aspekte systematisch zu untersuchen und so die entsprechenden institutionellen Spezifitäten zu identifizieren, die die bestehende Unterentwicklung reproduzieren, statt inklusive Entwicklung zu begünstigen. Am Beispiel der Philippinen wird deutlich, wie vielschichtig und dauerhaft diese Strukturen sein können.

Für weitere Forschungsvorhaben ergeben sich damit konkret zwei Ansatzpunkte. Zum einen bedarf es einer Operationalisierung des Konzepts des *underdevelopmental state*, um seine Anwendbarkeit auf einzelne Industriesektoren zu ermöglichen. Dies beinhaltet neben der Herausforderung der Messung von u.a. Korruption (vgl. z.B. Muno 2013: 46) vor allem auch das Greifbarmachen der Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft. Te Velde (2013a: 20ff.) nennt in diesem Zusammenhang die Art der Organisation des Privatsektors gegenüber dem Staat, die Art der Organisation des Staates gegenüber dem Privatsektor, die Praxis und Institutionalisierung dieser Beziehungen und die Vermeidung kollusiven Verhaltens als Kriterien für effektive Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft. Nach genauerer Analyse des Phänomens stellt sich dann zum anderen die Frage nach einer möglichen Durchbrechung dieser Strukturen und damit der Lösung des Dilemmas der dauerhaften Unterentwicklung. Hierbei ist vor allem die zu schaffende Übereinstimmung der Interessen der Elite mit gesellschaftlichen Entwicklungszielen zu beachten, da wirtschaftliche Entwicklung, die der gesamten Bevölkerung zugute kommt sonst kaum möglich ist (vgl. z.B. Robinson 2009: 25f., Amsden und DiCaprio 2012: 359 oder Buur und Whitfield 2013: 22f.). Die zukünftige Forschungsagenda besteht damit zunächst aus der Operationalisierung des Konzepts des *underdevelopmental state*, seiner anschließenden Anwendung auf verschiedene Industriesektoren und schließlich dem Ableiten von Handlungsempfehlungen, die inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum ermöglichen.

Literatur

- Acemoglu, Daron; Robinson, James A. (2013): *Why Nations Fail. The Origins of Power, Prosperity and Poverty*. London: Profile
- ADB (2009): *Poverty in the Philippines. Causes, Constraints, and Opportunities*. Mandaluyong City: Asian Development Bank, <http://www.adb.org/sites/default/files/publication/27529/poverty-philippines-causes-constraints-opportunities.pdf> (Aufruf: 2015-03-23)
- (2014a): *Asian Development Outlook 2014. Fiscal Policy for Inclusive Growth*. Mandaluyong City: Asian Development Bank, http://www.adb.org/sites/default/files/publication/31241/ado-2014_0.pdf (Aufruf: 2015-03-23)
- (2014b): *Key Indicators for Asia and the Pacific 2014. 45th Edition*. Mandaluyong City: Asian Development Bank, http://www.adb.org/sites/default/files/publication/43030/ki2014_0.pdf (Aufruf: 2015-03-23)
- (2014c): *Key Indicators for Asia and the Pacific 2014: The Philippines. 45th Edition*. Mandaluyong City: Asian Development Bank, <http://www.adb.org/sites/default/files/publication/43030/phi.pdf> (Aufruf: 2015-03-23)
- Aldaba, Rafaelita M. (2013): „Why a New Industrial Policy for the Philippines is Critical“, *PIDS Policy Notes*, 2013-01, Makati City: Philippine Institute for Development Studies, <http://dirp4.pids.gov.ph/ris/pn/pidspn1301.pdf> (Aufruf: 2014-06-14)
- Amsden, Alice H.; DiCaprio, Alisa (2012): „Understanding the Dynamics of Elite Behaviour in a Development Context“, in: Amsden, Alice H. et al. (Hgg.), *The Role of Elites in Economic Development*. Oxford: Oxford University Press, 352–361
- Amsden, Alice H.; DiCaprio, Alisa; James A. Robinson (Hgg.) (2012): *The Role of Elites in Economic Development*. Oxford: Oxford University Press
- Auty, Richard M. (2004a): „Conclusions: Resource Abundance, Growth Collapses, and Policy“, in: Auty, Richard M. (Hg.) (2004b): *Resource Abundance and Economic Development*. Oxford: Oxford University Press, 315–327
- (Hg.) (2004b): *Resource Abundance and Economic Development*. Oxford: Oxford University Press
- Auty, Richard M.; Gelb, Alan H. (2004): „Political Economy of Resource-Abundant States“, in: Auty, Richard M. (Hg.) (2004b): *Resource Abundance and Economic Development*, Oxford: Oxford University Press, 126–142
- Balisacan, Arsenio M.; Hill, Hal (Hgg.) (2003): *The Philippine Economy. Development, Policies, and Challenges*. Oxford: Oxford University Press
- Bardhan, Pranab K. (1997): „Corruption and Development. A Review of Issues“, in: *Journal of Economic Literature*, 35.3: 1320–1346, <http://www.jstor.org/stable/2729979> (Aufruf: 2014-02-14)
- Batalla, Eric C. (2000): „De-institutionalizing Corruption in the Philippines. Identifying Strategic Requirements for Reinventing Institutions“, vorgetragen bei der Institutionalizing Strategies to Combat Corruption: Lessons from East Asia Conference, Makati City, Philippines, 12.–13. August, <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/APCITY/UNPAN013117.pdf> (Aufruf: 2015-02-18)
- Bautista, Romeo; Tecson, Gwendolyn (2003): „International Dimensions“, in: Balisacan, Arsenio M.; Hill, Hal (Hgg.): *The Philippine Economy. Development, Policies, and Challenges*. Oxford: Oxford University Press, 136–170
- Bayudan-Dacuycuy, Connie; Lim, Joseph Anthony Y. (2014): „Chronic and Transient Poverty and Vulnerability to Poverty in the Philippines. Evidence Using a Simple Spells Approach“, in: *Social Indicators Research*, 118.1: 389–413, doi: 10.1007/s11205-013-0409-5
- Bello, Walden F.; Docena, Herbert; de Guzman, Marissa; Malig, Mary Lou (2004): *The Anti-Development State. The Political Economy of Permanent Crisis in the Philippines*. London: Zed
- Bird, Kelly; Hill, Hal (2009): „Philippine Economic Development. A Turning Point?“, in: *Southeast Asian Affairs*: 267–285, <http://www.jstor.org/stable/27913387> (Aufruf: 2014-06-03)
- Borras, Saturnino M. Jr. (2001): „State–Society Relations in Land Reform Implemented“, in: *Journal of Peasant Studies*, 28.3: 401–421, doi: 10.1080/0306767011005619111

-
- Buur, Lars; Whitfield, Lindsay (2013): „Industrial Policy and State–Business Relations. Towards a Heuristic Approach“, in: te Velde, Dirk Willem (Hg.): „*State–Business Relations and Industrial Policy. Current Policy and Research Debates*“. London: Overseas Development Institute, Growth Research Programme, 21–25,
<https://static1.squarespace.com/static/5167f6a2e4b0f1cbdee8d1c0/t/520bbceee4b0835de583c34f/1376500974972/DEGRP+Policy+Essays+State-business+relations+and+industrial+policy.pdf> (Aufruf: 2015-01-08)
- Cantner, Uwe; Gaffard, Jean-Luc; Nesta, Lionel (Hgg.) (2009): *Schumpeterian Perspectives on Innovation, Competition and Growth*. Berlin: Springer Lbnk .yo15()1-3(g17(t))JTJ(t)-xt

- Haggard, Stephan (2004): „Institutions and Growth in East Asia“, in: *Studies in Comparative International Development*, 38.4: 53–81, doi: 10.1007/BF02686328
- Hayashi, Shigeko (2010): „The Developmental State in the Era of Globalization. Beyond the Northeast Asian Model of Political Economy“, in: *The Pacific Review*, 23.1: 45–69, doi: 10.1080/09512740903398330
- Hutchcroft, Paul D. (1994): „Booty Capitalism. Business–Government Relations in the Philippines“, in: MacIntyre, Andrew (Hg.): *Business and Government in Industrialising Asia*. Ithaca: Cornell University Press, 216–243
- Intal, Ponciano S. Jr.; Borromeo, Miguel Roberto V.; Castillo, Jesús Carlos Exequiel D. (2008): „Sustaining the Philippine Manufacturing Sector“, in: *The Philippines Review of Economics*, XLV.1: 15–48, <http://www.econ.upd.edu.ph/pre/index.php/pre/article/view/210/663> (Aufruf: 2014-06-06)
- IOM (2013): *Country Migration Report. The Philippines 2013*, Makati City: International Organization for Migration, http://publications.iom.int/bookstore/free/CMReport_Philippines2013.pdf (Aufruf: 2015-03-10)
- Johnson, Chalmers (1982): *MITI and the Japanese Miracle. The Growth of Industrial Policy, 1925–1975*. Stanford, CA: Stanford University Press
- Johnston, Michael (2008): „Japan, Korea, the Philippines, China. Four Syndromes of Corruption“, in: *Crime, Law and Social Change*, 49.3: 205–223, doi: 10.1007/s10611-007-9095-z
- Jomo, Kwame S. (2001): „Rethinking the Role of Government Policy in Southeast Asia“, in: Stiglitz, Joseph E.; Yusuf, Shahid (Hgg.): *Rethinking the East Asian Miracle*. Washington D.C.: World Bank, 461–508
- Kalebe-Nyamongo, Chipiliro (2012): „Mutual Interdependence between Elites and the Poor“, in: Amsden, Alice H.; DiCaprio, Alisa; James A. Robinson (Hgg.), *The Role of Elites in Economic Development*. Oxford: Oxford University Press, 200–227
- Kang, David C. (2003): „Transaction Costs and Crony Capitalism in East Asia“, in: *Comparative Politics*, 35.4: 439–458, doi: 10.2307/4150189
- Kasahara, Shigehisa (2013): „The Asian Developmental State and the Flying Geese Paradigm“, Genf: United Nations Conference on Trade and Development, http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/osgdp20133_en.pdf (UNCTAD Discussion Papers No. 213) (Aufruf: 2014-06-19)
- Kay, Cristóbal (2002): „Why East Asia Overtook Latin America. Agrarian Reform, Industrialisation and Development“, in: *Third World Quarterly*, 23.6: 1073–1102, doi: 10.1080/0143659022000036649
- Khatri, Naresh; Tsang, Eric W. K.; Begley, Thomas M. (2006): „Cronyism. A Cross-cultural Analysis“, in: *Journal of International Business Studies*, 37.1: 61–75, doi: 10.1057/palgrave.jibs.8400171
- Kind, Hans J. (2000): „The Philippines — The Sick Man of Asia? Economic Development in the Philippines after 1946“, Bergen: Foundation for Research in Economics and Business Administration, http://brage.bibsys.no/xmlui/bitstream/handle/11250/166586/A24_00.pdf?sequence=1 (Aufruf: 2014-03-14) (Foundation for Research in Economics and Business Administration Working Paper, 24/00)
- King, Elisa B. (2007): „Making Sense of the Failure of Rapid Industrialisation in the Philippines“, in: *Technology in Society*, 29.3: 295–306, doi: 10.1016/j.techsoc.2007.04.002
- Kitschelt, Herbert; Wilkinson, Steven I. (2007a): „Citizen–Politician Linkages. An Introduction“, in: Kitschelt, Herbert; Wilkinson, Steven I. (Hgg.) (2007b): *Patrons, Clients, and Policies. Patterns of Democratic Accountability and Political Competition*. Cambridge: Cambridge University Press, 1–49
- (Hgg.) (2007b): *Patrons, Clients, and Policies. Patterns of Democratic Accountability and Political Competition*. Cambridge: Cambridge University Press
- Kondo, Mari (2014): „The Philippines. Inequality-Trapped Capitalism“, in: Witt, Michael A.; Redding, S. Gordon (Hgg.): *The Oxford Handbook of Asian Business Systems*. Oxford: Oxford University Press, 169–191
- Lambregts, Bart W.; Beerepoot, Niels; Kloosterman, Robert (Hgg.) (2016): *The Local Impact of Globalization in South and Southeast Asia. Offshore Business Processes in Services Industries*. Abingdon: Routledge
- MacIntyre, Andrew (Hg.) (1994): *Business and Government in Industrialising Asia*. Ithaca, NY: Cornell University Press
- McCoy, Alfred W. (2009a): „An Anarchy of Families“. The Historiography of State and Family in the Philippines“, in: McCoy, Alfred W. (Hg.) (2009b): *An Anarchy of Families. State and Family in the Philippines*. Madison: University of Wisconsin Press, 1–32
- (Hg.) (2009b): *An Anarchy of Families. State and Family in the Philippines*. Madison: University of Wisconsin Press

- Magnoli Bocchi, Alessandro (2008): „Rising Growth, Declining Investment. The Puzzle of the Philippines. Breaking the ‘Low-Capital-Stock’ Equilibrium“, Washington D.C.: World Bank, doi: 10.1596/1813-9450-4472 (World Bank Policy Research Working Paper, 4472)
- Moselle, Boaz; Polak, Benjamin (2001): „A Model of a Predatory State“, in: *The Journal of Law, Economics and Organization*, 17.1: 1–33, doi: 10.1093/jeo/17.1.1
- Muno, Wolfgang (2013): „Clientelist Corruption Networks. Conceptual and Empirical Approaches“, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 7: 33–56, doi: 10.1007/s12286-013-0156-7
- NEDA (2011): „Philippine Development Plan 2011–2016“, Pasig City: National Economic and Development Authority, <http://www.neda.gov.ph/2013/10/21/philippine-development-plan-2011-2016/> (Aufruf: 2015-02-20)
- Nelson, Robert H. (2007): „The Philippine Economic Mystery“, in: *Philippine Review of Economics*, XLIV.1: 1–32, <http://pre.econ.upd.edu.ph/index.php/pre/article/view/217/626> (Aufruf: 2014-06-06)
- Nölke, Andreas; May, Christian; Claar, Simone (Hgg.) (2014): *Die großen Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft*. Wiesbaden: VS
- Noland, Marcus (2000): „The Philippines in the Asian Financial Crisis: How the Sick Man Avoided Pneumonia“, in: *Asian Survey*, 40.3: 401–412, doi: 10.2307/3021153
- North, Douglass C. (1990): *Institutions, Institutional Change, and Economic Performance*. Cambridge: Cambridge University Press
- Pasour, Ernest C. Jr. (1987): „Rent Seeking. Some Conceptual Problems and Implications“, in: *The Review of Austrian Economics*, 1.1: 123–143, doi: 10.1007/BF01539337
- Quah, Jon S. T. (2010): „Curbing Corruption in the Philippines. Is this an Impossible Dream?“, in: *Philippine Journal of Public Administration*, LIV.1–2: 1–43, <http://journals.upd.edu.ph/index.php/pjpa/article/view/3783/3472> (Aufruf: 2015-03-05)
- Ramesh, M. (2014): „Social Protection in Indonesia and the Philippines. Work in Progress“, in: *Journal of Southeast Asian Economies*, 31.1: 40–56, doi: 10.1355/ae31-1c
- Raquiza, Antoinette R. (2016): „The BPO Industry and the Philippine Trade in Services. Boon or Bane?“, in: Lambregts, Bart W.; Beerepoot, Niels; Kloosterman, Robert (Hgg.): *The Local Impact of Globalization in South and Southeast Asia. Offshore Business Processes in Services Industries*. Abingdon: Routledge, 46–59
- Reis, Elisa P.; Moore, Mick (Hgg.) (2005): *Elite Perceptions of Poverty and Inequality*. London: Zed
- Robinson, James A. (1999): *When is a State Predatory?*, München: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München (CES Working Paper Series, 178)
- (2009): „Industrial Policy and Development. A Political Economy Perspective“, Paper prepared for the 2009 World Bank ABCDE conference in Seoul June 22–24, http://scholar.harvard.edu/files/jrobinson/files/jr_wb_industry_policy20-20Robinson.pdf (Aufruf: 2015-03-13)
- (2012): „Elites and Institutional Persistence“, in: Amsden, Alice H.; DiCaprio, Alisa; James A. Robinson (Hgg.): *The Role of Elites in Economic Development*. Oxford: Oxford University Press, 30–49
- Rodrik, Dani (2004): „Industrial Policy for the Twenty-First Century“, Cambridge: John F. Kennedy School of Government, http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=617544 (Aufruf: 2014-06-19) (KSG Working Paper, RWP04-047)
- (2007): „Normalizing Industrial Policy“, Cambridge: John F. Kennedy School of Government, http://www.hks.harvard.edu/fs/drodrik/Research%20papers/Industrial%20Policy%20_Growth%20Commission_.pdf (Aufruf: 2014-06-19)
- Sen, Kunal (Hg.) (2013): *State–Business Relations and Economic Development in Africa and India*, London: Routledge
- Stiglitz, Joseph E.; Yusuf, Shahid (Hgg.) (2001): *Rethinking the East Asian Miracle*. Washington, D.C.: World Bank, doi: 10.1596/0-1952-1600-8
- te Velde, Dirk Willem (2013a): „Measuring State–Business Relations in Sub-saharan Africa“, in: Sen, Kunal (Hg.): *State–Business Relations and Economic Development in Africa and India*, London: Routledge, 17–34
- (2013b): „State–Business Relations and Industrial Policy. Current Policy and Research Debates“, London: Overseas Development Institute, Growth Research Programme, <https://static1.squarespace.com/static/5167f6a2e4b0f1cbdee8d1c0/t/520bbceee4b0835de583c34f/1376500974972/DEGRP+Policy+Essays+State-business+relations+and+industrial+policy.pdf> (Aufruf: 2015-01-08)
- TI (2014): *Corruption Perceptions Index 2014*. Berlin: Transparency International, http://files.transparency.org/content/download/1856/12434/file/2014_CPIBrochure_EN.pdf (Aufruf: 2015-03-15)

- UNDP (2014): *Human Development Report 2014. Sustaining Human Progress, Reducing Vulnerabilities and Building Resilience*. New York: United Nations Development Programme, <http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr14-report-en-1.pdf> (Aufruf: 2015-03-03)
- Usui, Norio (2011): *Transforming the Philippine Economy. "Walking on Two Legs"*. Mandaluyong City: Asian Development Bank. <http://www.adb.org/sites/default/files/pub/2011/Economics-WP252.pdf> (Aufruf: 2014-06-01) (ADB Economics Working Paper Series No. 252)
- von Soest, Christian (2013): „Persistent Systemic Corruption: Why Democratisation and Economic Liberalisation have Failed to undo an old Evil. A six-country Analysis“, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 7: 57–87, doi: 10.1007/s12286-013-0157-6
- Vos, Rob; Yap, Josef T. (1996): *The Philippine Economy. East Asia's Stray Cat? Structure, Finance and Adjustment*. Basingstoke: Macmillan.
- Wade, Robert (1990): *Governing the Market. Economic Theory and the Role of Government in East Asian Industrialization*, Princeton: Princeton University Press
- (2012): „Return of Industrial Policy?“, in: *International Review of Applied Economics*, 26.2: 223–239, doi: 10.1080/02692171.2011.640312
- Wedeman, Andrew (1997): „Looters, Rent-Scrapers, and Dividend-Collectors. Corruption and Growth in Zaire, South Korea, and the Philippines“, in: *The Journal of Developing Areas*, 31.4: 457–478, <http://www.jstor.org/stable/4192713> (Aufruf: 2011-02-01)
- Weiss, Linda (2003a): „Guiding Globalisation in East Asia. New Roles for Old Developmental States“, in: Weiss, Linda (Hg.): *States in the Global Economy. Bringing Domestic Institutions Back in*. Cambridge: Cambridge University Press, 245–270
- (Hg.) (2003b): *States in the Global Economy. Bringing Domestic Institutions Back in*. Cambridge: Cambridge University Press
- Witt, Michael A.; Redding, S. Gordon (Hgg.) (2014): *The Oxford Handbook of Asian Business Systems*. Oxford: Oxford University Press
- World Bank (1993): *The East Asian Miracle. Economic Growth and Public Policy*, Oxford: Oxford University Press
- (2013): *Philippine Development Report. Creating More and Better Jobs*. Washington D.C.: World Bank, http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSPContentServer/WDSP/IB/2014/01/02/000461832_20140102180252/Rendered/PDF/ACS58420WP0P120Box0382112B00PUBLIC0.pdf (Aufruf: 2015-01-26)
- Yap, Josef T. (2009): *Policy Coherence Initiative on Growth, Investment and Employment. The Case of the Philippines. Policy Coherence and Critical Development Constraints in the Philippines*. Bangkok: International Labour Organization, http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/documents/meetingdocument/wcms_101735.pdf (Aufruf: 2015-03-25)